



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 04/2012  
März 2012

### Bundestag beschließt zweites Hilfsprogramm

Der Bundestag hat am 27. Februar seine Zustimmung zum zweiten Griechenland-Hilfspaket gegeben. Grundlage dafür waren unter anderem ein Schuldenschnitt, in Form eines Anleihtauschs, den Griechenland mit den privaten Gläubigern vereinbart hat. Mit der gestern von der griechischen Regierung veröffentlichten Zahl von 85,8 Prozent der Privatgläubiger, die an dem freiwilligen Anleihtausch teilnehmen wollen, ist ein großer Schritt auf dem Pfad der Stabilisierung und Konsolidierung hin zu einer nachhaltigen Schulden Tragfähigkeit Griechenlands getan.

---

### Koalitionsausschuss mit guten Ergebnissen

In seiner ersten Sitzung in diesem Jahr hat der Koalitionsausschuss aus CDU, CSU und FDP weitere Beschlüsse gefasst:

- Im Jugendstrafrecht soll es den sogenannten Warnschussarrest geben und die Höchststrafe für jugendliche Mörder wird auf 15 Jahre angehoben.
- Bei der Neuregelung des gemeinsamen Sorgerechts nicht verheirateter Eltern sollen vor allem das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen und die Rechte der Väter gestärkt werden
- Zügig abgeschlossen wird jetzt die Gesetzgebung zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht.
- Unter Strafe gestellt wird künftig die gewerbsmäßige Vermittlung von Sterbehilfe.
- Einen weiteren Schwerpunkt des Koalitionsausschusses bildete die Umsetzung unseres ehrgeizigen Energiekonzepts. Schwerpunkte liegen im Bereich der Netze, der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz, der Wettbewerbsstärkung und dem Kraftwerks- und Speicherbau.
- Im Urheberrecht sollen Verlage im Online-Bereich nicht schlechter gestellt werden als andere sogenannte Werkvermittler. Daher müssen gewerbliche Anbieter im Netz künftig für die Verbreitung von Presseerzeugnissen ein Entgelt an die Verlage zahlen.



- Wir werden Verbraucher bei Finanzprodukten besser vor vermeidbaren Verlusten und vor fehlerhafter Finanzberatung schützen. Speziell zur Erfüllung dieser Aufgabe erhält die Stiftung Warentest künftig zusätzlich 1,5 Mio. € pro Jahr.
- In der Bildungspolitik sollen Bund und Länder künftig im Bereich der Wissenschaftsförderung nicht nur bei Projekten, sondern auch bei der institutionellen Förderung von Hochschulen zusammenwirken können.

---

### Thüringer Kommunen 2011 mit positivem Saldo

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten im Jahr 2011 Ausgaben in Höhe von 4,78 Mrd. €. Das sind 52,7 Mio. € bzw. 1,1 Prozent mehr als im Jahr 2010. Im gleichen Jahr konnten die Kommunen 4,94 Mrd. € Einnahmen verbuchen. Das waren 228,6 Mio. € bzw. 4,9 Prozent mehr als im Jahr 2010. **Damit konnten die Thüringer Kommunen insgesamt ein Plus von 160 Mio. € erwirtschaften.**

---



Unternehmensbesuch in Langewiesen: Die QSIL GmbH ist ein gelungenes Beispiel einer erfolgreichen Unternehmensfinanzierung durch private Investoren. Michael Keitz (Geschäftsführer QSIL), Ulrike Hinrichs (Geschäftsführerin BVK), Antje Oßmann (Betriebsrat), Antje Tillmann, Dr. Helmut Vorndran (BVK-Vorstandsmitglied), Stephan Behr (Geschäftsführer QSIL) und Dr. Hanns Ostmeier (Präsident BVK) (v.l.n.r.).

### **Absenkung der Photovoltaik-Vergütung**

Im Rahmen der Verhandlungen um die künftige Solarvergütung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor allem beim Vertrauensschutz deutliche Verbesserungen erreicht.

Der Fraktionsentwurf sieht vor, dass das Inkrafttreten der Absenkung für PV-Dachanlagen vom 9. März auf den 1. April verschoben wird. Bis dahin gilt weiter der bisherige, weite Inbetriebnahmebegriff (kaufmännische Inbetriebnahme). Danach ist das Datum der ersten Energieerzeugung ausschlaggebend für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme und damit der Förderung nach EEG. Zum 1. April erfolgt eine Absenkung, je nach Anlagengröße auf Werte zwischen 16,5 und 19,5 Cent pro kWh und die Festlegung des neuen Inbetriebnahmebegriffs (technische Inbetriebnahme). Danach gilt die erste Inbetriebnahme der festinstallierten Anlage an dem für den dauerhaften Betrieb vorgesehenen Ort als Datum für den Start der Förderung.

Für Freiflächenanlagen wird eine Übergangsregelung angeordnet, die die Fortgeltung des alten Rechts festlegt, wenn der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan vor dem 1. März 2012 ergangen ist und die Anlage - unter Zugrundelegung des neuen Inbetriebnahmebegriffs - bis zum 30. Juni 2012 in Betrieb genommen worden ist. Ab dem 1. Juli erfolgt dann eine Absenkung auf einheitlich 13,5 Cent pro kWh. Anschließend werden monatlich Kürzungen von 0,15 ct je kWh vorgenommen.

### **Durchbruch in der Debatte um Organspende**

Bei den Gesprächen zur Förderung der Organspendebereitschaft ist jetzt ein Durchbruch erzielt worden: Die vereinbarte Entscheidungslösung, die alsbald auf den parlamentarischen Weg gebracht werden soll, ist fraktionsübergreifend konsensfähig und lässt sich wie folgt beschreiben:

Künftig werden alle Deutschen regelmäßig von ihren Krankenkassen per Post über die Organspende informiert und zur Abgabe einer Erklärung über ihre Organspendebereitschaft aufgefordert. Dies geschieht erstmalig im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes, dann nach weiteren zwei Jahren und nach der Aufforderung im Jahr 2017 alle fünf Jahre. Darüber hinaus sollen die Behörden bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisen wie dem Reisepass oder Führerschein Informationen zur Organspende ausgeben. Wichtig ist, dass die Erklärung in jedem Fall freiwillig erfolgt. Es geht nicht um Zwang, sondern darum, die Menschen von der Notwendigkeit zur Organspende zu überzeugen. Insofern besteht auch keine Rückmeldepflicht. Die für die elektronische Gesundheitskarte Verantwortlichen werden per Gesetz beauftragt, Lösungen zu entwickeln, um die Entscheidung der Versicherten zur Organspende auf der Karte speichern zu können.

Bis Mitte 2013 muss dem Bundesministerium für Gesundheit ein entsprechender Bericht zur Umsetzung vorgelegt werden.

### **Ideen für die Bildungsrepublik**

Bereits zum zweiten Mal ruft die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ den bundesweiten Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ aus.

Mit dem Wettbewerb sucht das Bundesministerium für Bildung und Forschung Vorreiter der gesellschaftlichen Bewegung für mehr Bildung.

Bis zum 2. April 2012 können sich Projekte und Initiativen bewerben, die folgende Kriterien erfüllen:

Bildungsgerechtigkeit, Partnerschaft und enge Vernetzung, Vorbildcharakter für neue Wege in der Bildungsrepublik, Nachhaltigkeit für mehr Bildungschancen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.land-der-ideen.de/de/bildungsideen/ideen-fuer-bildungsrepublik>

### **Impressum**

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 9. März 2012